

# UHU

## UNTER HUNDERT

Ausgabe 18 - April 2015



# Armutsquote auf Rekordstand

Die Armutsquote in Deutschland ist auf ein Rekordniveau gestiegen. 2013 waren 12,5 Millionen Menschen oder 15,5 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. Das zeigt eine neue Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zur Armutsentwicklung in Deutschland.

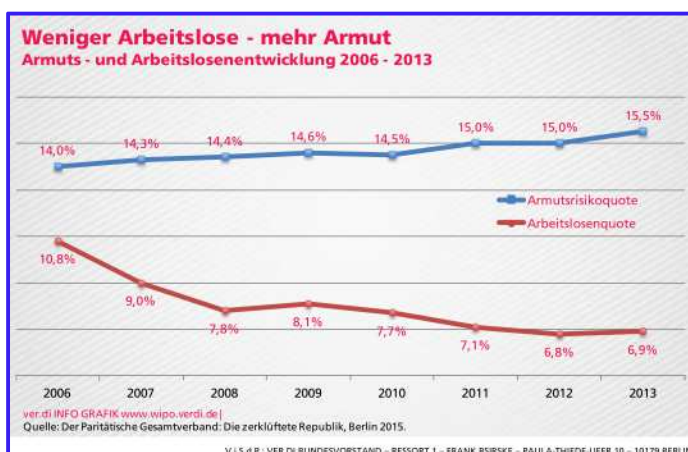
Insbesondere Erwerbslose, Alleinerziehende und Kinder sowie zunehmend Rentnerinnen und Rentner sind betroffen. Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen öffnet sich immer weiter. Gleichzeitig wird der Abstand zwischen reichen und armen Regionen in der Republik immer größer.

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung und sinkender Arbeitslosigkeit haben viele Erwerbslose weiterhin keine Chancen. Auch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger verharrt bei über sechs

Millionen – ein Armutszeugnis für das viertreichste Land der Welt.

Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher. Nach jüngsten Studien besitzen die reichsten zehn Prozent inzwischen rund 70 Prozent des gesamten Vermögens, das reichste Prozent allein ein Drittel – Tendenz weiter steigend.

Die Politik muss endlich handeln. Armut und zunehmende Ungleichheit müssen gezielt bekämpft werden. Zu den dringendsten Maßnahmen zählen eine schnelle Erhöhung des endlich eingeführten Mindestlohns, höhere Hartz-IV-Sätze, eine Rücknahme von Absenkungen bei der Rente und eine gerechte Steuerpolitik. An einer stärkeren Beteiligung der Reichen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens führt kein Weg vorbei.



## Die nächsten Termine:



- 1. Mai Kundgebung Römerberg
- 6. Mai Stammtisch Affentor-Schänke
- 7. Mai Schmetterlinggarten
- 11. Mai Spielerunde Affentor-Schänke
- 26. Mai Kinotag
- 27. Mai Radtour
- 23. Juni Grillfest & PSD-Gen.-Vers.

Weitere Termine unter: [www.posttel-ffm.de](http://www.posttel-ffm.de)

## Entschließung des ver.di Bundesvorstands (Auszüge)

### Zur Diskussion um die Pegida-Demonstrationen

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter treten für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben und für eine sozial gerechte Weltordnung ein. (...)

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist dafür, dass Deutschland weiter Flüchtlinge aufnimmt. Die Pegida-Anhänger vertreten die gegenteilige Auffassung. Bei ihnen paart sich das häufig mit einer unübersehbaren Distanz zur Politik, ja zum Teil mit unverhohlener Verachtung für Parteien und Politiker. Das Wort von der „Lügenpresse“ macht unter Pegida-Demonstranten die Runde. Viele unter ihnen glauben, dass das, was sie im Alltag bewegt, von Politik und Medien nicht aufgegriffen oder sogar unterdrückt wird.



Nachdem zunächst Hooligans, Skinheads oder rechte Schlägertrupps vergeblich versucht hatten, die Abscheu vor der Barbarei des sogenannten Islamischen Staates (IS) für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und sich gesellschaftlich als Stoßtrupp gegen die Islamisierung zu profilieren – zu abstoßend war ihr Auftreten –, nun ein neuer Anlauf, um das Thema nach rechts andockfähig zu machen: jetzt biederer daherkommend, mit einer Propaganda, die eine „Islamisierung des Abendlandes“ herbeifantasiert und sich dabei gegen Vernunft und Tatsachen abschottet.

Wie viele Muslime leben in Deutschland? Laut einer Umfrage meinen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, es seien 19 Prozent. In Wahrheit sind es sechs Prozent.

Die Angst vor einer Islamisierung ist am größten dort, wo die wenigsten Muslime leben. In Nordrhein Westfalen, wo jeder dritte Muslim zu Hause ist, fühlen sich von radikalen Islamisten, IS und salafistischen Hasspredigern 46 Prozent bedroht. In Sach-

sen, wo kaum Muslime leben, sind es 70 Prozent. Gegen Terror und religiös motivierte Gewalttäter muss man vorgehen. Hier werden aber noch andere Ängste sichtbar: Dies ist Ausdruck einer Öffentlichkeit, die sich durch Präsenz und Praxis einer Glaubensgemeinschaft herausgefordert fühlt, weil sie um ihren Identitätskern fürchtet. Pegida versucht, das zu instrumentalisieren mit dem Appell an den „patriotischen“ Europäer, der sich vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ fürchtet.

Gerade in Deutschland, wo im Vorfeld des Nationalsozialismus vor der sogenannten „Verjudung“ der deutschen Gesellschaft gewarnt wurde und der Druck und die Nöte der von der Weltwirtschaftskrise Bedrohten gegen eine religiöse Minderheit, gegen Demokratie, Parteien und die sogenannte „Systempresse“ kanalisiert wurden, sollten wir sensibel sein, wenn heute eine religiöse Minderheit zum Sündenbock für strukturelle Probleme gemacht wird. Statt mit falscher Problemdiagnose von der Suche nach Lösungen für die sozialen Probleme abzulenken, (...) müssen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diese Probleme aufgreifen und für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Menschen in unserem Land kämpfen: mit dem entschiedenen Bekenntnis zu einem aktiven Sozialstaat und mit der klaren politischen Botschaft für Integration und gegen Ausgrenzung. Wir kämpfen für Löhne, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, für auskömmliche Renten und für gute Arbeit. Und wir treten Intoleranz entgegen, egal, in welchem Gewand sie uns gegenübertritt, ob als islamistische Hasspredigt oder als verallgemeinernde Abwertung von Muslimen. Wir treten zugleich dafür ein, die Debatte um Integration und Zuwanderung zu versachlichen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine humanitäre Verpflichtung und für beide Seiten auch eine Chance. Die Flüchtlinge von heute (...) können die integrierten Familien und Fachkräfte von morgen sein. Wer dies will, darf aber nicht darüber hinwegsehen, dass mit den zuletzt mehr als 200.000 Flüchtlingen natürlich auch neue Probleme ins Land kommen. Wer die Chancen für unsere Gesellschaft erkennt, muss die damit einhergehenden Herausforderungen annehmen (...)

Wir setzen uns als Gewerkschaft für eine demokratische, offene Gesellschaft ein, gegen „völkische“ Ab- und Ausgrenzung, für eine Gesellschaft, in der Freiheit, die Einhaltung der Grundrechte und soziale Gerechtigkeit zentrale Werte sind und die Würde des Menschen als unveräußerlich geachtet wird – allen gegenüber gleichermaßen. Gemeinsam sind wir aufgerufen, Intoleranz und Hass entschieden entgegentreten.

## Eine Erfolgsgeschichte: Der ver.di-Lohnsteuerservice

Ver.di bietet vielfältige Angebote in der individuellen Mitgliederbetreuung. Besonders herausragend ist der Lohnsteuerservice. Bundesweit beraten mehrere tausend ehrenamtlich tätige Kolleginnen und Kollegen ver.di-Mitglieder bei der Erstellung ihrer Einkommensteuererklärung. Auch beim Bezirk Frankfurt am Main und Region betreuen eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen ihre „Klienten“ in den Betrieben und in stationären Beratungsbüros. Eines davon ist im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Das Büro ist montags bis freitags ganztägig besetzt. 10 Beraterinnen und Berater sind dort tätig. Zwei davon sind unsere Mitglieder Walter Denter und Manfred Schubö. Die UHU-Redaktion hat mit ihnen über ihr Engagement gesprochen.



Walter Denter, Manfred Schubö, Bernd Metzger (v. l.) © B. Metzger

**UHU:** Wenn man donnerstags ins Gewerkschaftshaus kommt und einen Blick in das Lohnsteuerberatungsbüro wirft, sieht man Euch dort am Schreibtisch sitzen, Papiere ordnen und mit Eurem Gegenüber verhandeln. Wie habt Ihr Eure Arbeit organisiert und wie viel Zeit bringt Ihr dafür auf?

**Walter:** Die Beratung im Büro erfolgt nach Terminvergabe. Die Mitglieder rufen bei uns zu Hause an und wir vereinbaren den Beratungstermin im Büro. Initiiert wurde diese Art der Beratung von Karl Steiß.

**Manfred:** Unsere Tätigkeit beschränkt sich nicht nur auf den Donnerstag. In der Woche sind wir beschäftigt mit Terminvergaben, Überprüfung von Steuerbescheiden, die uns zugesandt werden oder kurzen telefonischen Beratungen. Pro Woche sind das für jeden von uns etwa 10 Stunden.

**UHU:** Seit wann seid Ihr im Lohnsteuerservice aktiv? Wurdet Ihr dafür ausgebildet?

**Manfred:** Seit 1980 bin ich aktiv. In zwei Wochenlehrgängen wurde uns das notwendige Handwerkzeug vermittelt.

**Walter:** Bei mir sind es mehr als 40 Jahre.

**UHU:** Was hat Euch an dieser Aufgabe interessiert?

**Manfred:** Bei mir war es die Neugier, mehr über Steuern wissen zu wollen. Außerdem ist dies ein Feld, wo man konkret helfen kann.

**Walter:** Die Amtsgruppe beim damaligen Telegrafenamts hat jemand gesucht. Ich habe mich breit schlagen lassen und bin bis heute dabei.

**UHU:** Kann sich jeder von Euch helfen lassen?

**Manfred:** Wir beraten nur ver.di-Mitglieder. Unsere Beratung ist gesetzlich beschränkt auf Einkünfte aus Arbeit, Rente und Pension.

**Walter:** Also keine Beratung bei Vermietung, Verpachtung, bei höheren Kapitaleinkünften und von Selbstständigen.

**UHU:** Der Gesetzgeber erfindet jedes Jahr neue Steuervorschriften. Wie bleibt Euer Wissen aktuell?

**Manfred:** Wir besuchen in jedem Jahr einen dreitägigen Aufbaulehrgang, in dem die Neuerungen erläutert werden.

**UHU:** Wie viele Kolleginnen und Kollegen berätet Ihr im Laufe eines Jahres?

**Manfred:** Wir beide machen etwa 300 Beratungen im Jahr, pro Woche sind das 6 bis 7.

**UHU:** Der Gesetzgeber erwartet, dass Einkommensteuererklärungen bis Ende Mai abgegeben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt ist bei Euch bestimmt die Hölle los. Ist danach Zeit zum Durchschnaufen?

**Manfred:** Nein. Kollegen, die sich von uns beraten lassen haben Zeit bis Ende Dezember.

**Walter:** Deswegen sind bei uns auch schon alle Termine bis Mitte Oktober vergeben

**UHU:** In der Zeitung stand, dass jeder steuerpflichtige Bürger durchschnittlich 900 Euro Steuern zurückerhält. Ist Eure Erfolgsquote ähnlich?

**Manfred:** Ich weiß nicht, wie diese Zahl entsteht. Wir beraten auch viele Rentner und Altersteilzeitbeschäftigte. Bei denen geht es weniger um Erstattung; eher darum, Nachzahlungen zu minimieren und zu begrenzen.

**UHU:** Ist Eure Aufgabe erledigt, sobald die Einkommensteuererklärung beim Finanzamt vorliegt?

**Manfred:** Nein. Wir rechnen die Steuerhöhe aus und bitten die Kollegen, uns Abweichungen davon zu melden. In diesem Fall reicht oft der „kurze Dienstweg“ zum Finanzamt, den Bescheid zu korrigieren. Wenn nicht, helfen wir beim Einspruch.

**UHU:** Vielen Dank für dieses Interview und Euer Engagement. Wir wünschen Euch und Euren Mitstreitern und Mitstreiterinnen weiterhin viel Erfolg beim Einsatz für die ver.di-Mitglieder. Sie wissen ihn sicherlich sehr zu schätzen.

Interview: Bernd Metzger





## **Unsere Leistungen können sich sehen lassen!**

### **Qualifizierte Rentenberatung**

ver.di Mitglieder erhalten durch unsere Rentenexperten kostenlos Rat in allen Rentenversicherungs-Angelegenheiten. Rufen Sie bitte bei Ihrem ver.di-Bezirk an.

### **Rechtsschutz**

Bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit der Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung, der Betriebsrente (VBL, ZVK, VAP und tariflicher Altersvorsorge), der Pflegeversicherung und im Schwerbehindertenrecht erhalten die Mitglieder von ver.di umfassenden Rechtsschutz.

### **Lohnsteuer- Beratung**

Wir bieten Mitgliedern kostenlose Beratung in Lohnsteuerfragen. ver.di hat ausgebildete ehrenamtliche Fachleute, die kompetent informieren und beim Ausfüllen der Steuererklärung zur Seite stehen.

### **Aktuelle Informationen**

ver.di-Mitglieder erhalten regelmäßig die ver.di-Mitgliederzeitung PUBLIK kostenlos frei Haus. Hier erfahren Mitglieder, was in unserer Organisation und in der Politik „so los ist“ und werden über aktuelle sozial- und arbeitsmarktpolitische Diskussionen auf dem Laufenden gehalten. Infos auch unter [WWW.posttel-ffm.de/](http://WWW.posttel-ffm.de/)

### **Verbraucher- Vorteile**

ver.di-Mitglieder erhalten in vielen Bereichen Ermäßigungen und Sonderkonditionen. Bitte wenden Sie sich an den ver.di-Mitgliederservice:

**Hotline 0 18 02-22 22 99\* oder [www.verdi-mitgliederservice.de](http://www.verdi-mitgliederservice.de)**

\*)Festnetzpreis 6 ct./Anruf; Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute

### **Freizeitunfall**

ver.di gewährt finanzielle Unterstützung bei Freizeitunfällen in Form von Krankenhaustagegeld (mind. 48 Std. Klinikaufenthalt). Näheres beim ver.di-Bezirk erfragen.

### **Mietrechts- Beratung**

ver.di und der Mieterbund bieten eine kostenlose telefonische Mietrechtsberatung an: montags und dienstags 12 - 14 Uhr, donnerstags von 18 - 20 Uhr.

Es fallen nur die eigenen Telefonkosten an:

**Hotline 030- 2 23 23 73 (bitte Mitgliedsnummer nennen!)**

### **Weiterbildung**

Endlich Zeit für Weiterbildung! Bildung schafft Zufriedenheit! ver.di und ihre Bildungseinrichtungen bieten für alle Mitglieder ein breites Spektrum zur Weiterbildung an.

### **Treuegeld Grabpflege**

Die Mitglieder der Quellgewerkschaften ÖTV und DPG erhalten Treuegeld/Grabpflegezuschuss. Die für die Höhe des Anspruchs erforderlichen Jahre der Mitgliedschaft beziehen sich auf den Zeitraum vor ver.di-Gründung. Stichtag ist der 2. Juli 2001. Anfragen bitte an den zuständigen ver.di-Bezirk.

### **weitere Aktivitäten**

ver.di wirkt für soziale Gerechtigkeit bei zahlreichen Institutionen und Themen direkt mit - für jung und alt und im Sinne der Generationengerechtigkeit.

#### **Impressum**

UHU ist die Zeitung der ver.di-Betriebsgruppe POSTTEL-Senioren Frankfurt. [www.posttel-ffm.de](http://www.posttel-ffm.de)

Sie erscheint im Auftrag des Vorstandes zweimal jährlich.

Redaktion: Christel Petersen, Regina Sokolowski, Bernd Metzger, Helmut Esch.

Kontakt: ver.di-POSTTEL-Senioren, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 60329 Frankfurt – oder  [uhuredaktion@t-online.de](mailto:uhuredaktion@t-online.de)